

Protokolleintrag vom 14.09.2011

2011/332

Erklärung der FDP-Fraktion vom 14.09.2011:

Unbewilligte Demonstration vom 10.09.2011, polizeiliche Intervention

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Krawallanten zur Rechenschaft ziehen

Während am anderen Ende der Stadt über 300'000 Festfreudige an einem ordentlich durch die Stadt bewilligten Fest friedlich das Knabenschiessen feierten, herrschte am letzten Samstag am Bellevueplatz ein regelrechtes Chaos. Unbeteiligte Passantinnen und Passanten gerieten ins Tränengas, die Trams und später die Nachtbusse konnten nicht verkehren. Es entstand ein beträchtlicher Sachschaden, den die Geschäfte und Firmen wohl selbst zu tragen haben. Nach und nach kommen Details zum angeblichen Racheakt des Partyvolkes zum Vorschein. Fakt ist, dass die Veranstaltung auf dem Bellevue unbewilligt war. In der Stadt Zürich gilt für alle das gleiche Recht; daher sind solche Manifestationen nicht zu tolerieren.

Dass die unbewilligte Party am Bellevue durch Linksautonome und Fussball-Hooligans zum Krawallmachen missbraucht wurde, kann erst recht nicht toleriert werden. Für die FDP ist völlig inakzeptabel, dass die Krawallanten die Sicherheits- und Rettungskräfte bei ihrer Arbeit behindert haben. Die FDP bedauert, dass acht Polizisten verletzt wurden.

Während die Polizei für 1. Mai-Einsätze und Hochrisiko-Fussballspiele inzwischen vorbereitet ist, ist sie wie schon beim Saubannerzug 2010 in den Kreisen 4 und 5 regelrecht überrumpelt worden. Die FDP ist auch der Meinung, dass die Polizei nicht auf jedes unerwartete Ereignis hundertprozentig vorbereitet sein kann. Dies würde enorme Kosten verursachen und zu einem Polizeistaat führen. Nichtsdestotrotz fragt sie sich, weshalb es möglich war, nur gerade zwei Personen festzunehmen. Die FDP wird dazu sowie zu anderen Fragen heute eine Schriftliche Anfrage einreichen.

Wir fordern die Organisatoren auf, wie alle anderen Veranstalter dieser Stadt, eine Bewilligung einzuholen und auf die angekündigte Aktion zu verzichten. Die FDP erwartet, dass die Polizei bei unbewilligten Veranstaltungen und Krawallen sofort einschreitet, die Urheber ermittelt und zur Verantwortung zieht.